



Beauftragter für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus Hamburg

Hamburg, 9. Mai 2024

Pressemitteilung des Beauftragten für jüdisches Leben und die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus der Freien und Hansestadt Hamburg zum Angriff auf eine ZuhörerIn der Ringvorlesung der Universität Hamburg

Antisemitismusbeauftragter verurteilt Angriff nach Ringvorlesung und zieht Parallelen zu Angriffen auf Politikerinnen und Politiker

„Diese abscheuliche Tat macht deutlich, dass es nicht bei Hassreden bleibt, sondern Worten in letzter Konsequenz auch Taten folgen“, kommentiert der Beauftragte für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus den Angriff auf eine ZuhörerIn, der sich gestern nach der Ringvorlesung „Judenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antizionismus - aktuelle Formen antijüdischer Gewalt“ an der Universität Hamburg ereignet hat.

Nachdem bereits im Hörsaal in sehr aufgeheizter Stimmung diskutiert worden war, wurden nach der Vorlesung zwei Personen aus einer Gruppe heraus verbal angegriffen und beleidigt und anschließend eine der Personen tätlich angegriffen. Das Opfer musste in der Notaufnahme medizinisch versorgt werden.

„Dieser Angriff reiht sich ein in eine Serie von Taten, die wir seit dem 7. Oktober in Hamburg erleben mussten“, so Hensel. „Ähnlich wie bei den jüngst erfolgten Angriffen auf Politikerinnen und Politiker werden hier neben Jüdinnen und Juden zunehmend auch Menschen Opfer von Übergriffen, die sich mit Israel solidarisieren und der Welle des Hasses entgegentreten.“

Der Antisemitismusbeauftragte erinnert an zahlreiche ähnlich gelagerte Vorfälle in der jüngeren Vergangenheit, bei denen Menschen angegriffen wurden. Dazu gehören neben dem Angriff auf zwei Frauen nach einer Kundgebung am 9. Oktober auch die zahlreichen Übergriffe auf Demonstrantinnen und Demonstranten am Jungfernstieg und zuletzt der Angriff auf eine Gruppe von Exil-Iranerinnen und -Iranern direkt vor dem Rathaus. „Dieser Angriff ist der Neueste in eine Serie von Übergriffen, die wir seit dem 7. Oktober in Hamburg erlebt haben. Neben Beleidigungen kommt es immer wieder zu Körperverletzungen und anderen schweren Übergriffen aus dem Umfeld von Islamisten und sogenannten propalästinensischen Gruppen“, kommentiert der Antisemitismusbeauftragte.

„Ich verstehe nicht, wie mit Protestcamps, Übergriffen und Gewalt den Menschen im Gazastreifen geholfen werden soll. Es zeigt sich einmal mehr, dass nicht die Hilfe für die Menschen im Gazastreifen im Vordergrund steht, sondern der Hass gegen Jüdinnen und Juden und alle Menschen, die sich mit Israel solidarisieren.“

„Unsere Gesellschaft steht an einem Scheideweg und muss sich fragen, ob sie bereit ist, die Gewalt von Extremisten und solche Angriffe weiter zu tolerieren. Wenn von Demonstrationen oder Protestcamps Gewalt ausgeht, müssen diese sofort verboten und aufgelöst werden“, fordert Hensel.

Pressekontakt:

Stefan Hensel

Beauftragter für jüdisches Leben und die Bekämpfung und Prävention von Antisemitismus

E-Mail: antisemitismusbeauftragter@bwfgb.hamburg.de

Telefon Geschäftsstelle: 0176 42873453

Internet: www.hamburg.de/bwfgb